

Schwyz

9



Pfäffikon Zentrum,
Sinnbild für die horrende
Mietpreisentwicklung

Aus dem Kantonsrat

Wohnungsnot: Lösungen finden, nicht Sündenböcke suchen!

Während im Schwyzer Kantonsrat tausende Worte über Wölfe fallen, steigen die Mieten schneller, als ein Wolf rennen kann. Statt über bezahlbaren Wohnraum zu reden, jagt man Sündenböcke. Warum wir endlich wieder über Menschen sprechen müssen – und nicht über Tiere.



Ivo Cavelti,
SP-Kantonsrat,
Wollerau

vielleicht. Ein Bestseller würde es kaum. Denn Wölfe, das weiss jedes Schulkind, laufen, wohin sie wollen. Sie fragen nicht nach Parlamentsbeschlüssen. Ob Wölfe irgendwann schon mal ein Kind gefressen haben?

► Fortsetzung auf Seite 10

Es gibt im Schwyzer Kantonsrat Themen, die bewegen. Und dann gibt es den Wolf. Ganze 7139 Worte wurden ihm gewidmet. Man stelle sich das einmal vor: 7139 Worte! So viele, dass man damit ein kleines Kinderbuch füllen könnte: «Der Wolf und die Kantonsgrenze»

«Es wird
lamentiert,
aber nicht
gehandelt».»

Werde aktiv

Hilf unseren Kantonsrät:innen Lösungen zu finden. In der SP Kanton Schwyz kannst du in folgenden Arbeitsgruppen mitarbeiten:

- **Arbeitsgruppe Finanzen**
geleitet von Bianca Bamert
- **Arbeitsgruppe Umwelt**
geleitet von Elsbeth Anderegg
- **Arbeitsgruppe Bildung & Kultur**
geleitet von Franz Camenzind
- **Arbeitsgruppe Soziales**
geleitet von Carmen Muffler
- **Arbeitsgruppe Justiz**
geleitet von Natalie Eberhard

Melde dich hier an
[sekretariat@
spschwyz.ch](mailto:sekretariat@spschwyz.ch)





Norbert Hegner

Mein erstes Jahr als Kantonsrat

Am 3. März 2024 wurde ich unverhofft in den Kantonsrat gewählt. Die Arbeit im Parlament war für mich völliges Neuland. Politische Erfahrung bringe ich aus acht Jahren im Gemeinderat und kommunalen Kommissionen mit. Als ehemaligem Exekutivpolitiker fällt es mir noch immer schwer zu akzeptieren, dass im Rat die Fronten oft starr bleiben. Die Voten dienen eher der Medienaufmerksamkeit als der Lösungsfindung. Die spannende Arbeit findet in den Kommissionen und Fraktionen statt, und manchmal gelingt hier eine lösungsorientierte Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg.

Der grosse Aufsteller: die engagierte Fraktion

Überraschend positiv erlebe ich die Ratssitzungen – wie kultiviert und geregelt sie ablaufen: keine Zwischenrufe, kein provokativer Applaus, keine Beleidigungen. Frustrierend ist hingegen, dass wir als kleine Partei meist auf der Verliererseite stehen. Mein Aufsteller bleibt die engagierte Fraktion: Diskussionen, Unterstützung und auch Humor helfen, Rückschlüsse auszuhalten – und machen Lust auf die nächsten Jahre im Rat.



Elsbeth Anderegg

Auf zu neuen Ufern

Zusammenräumen nach meiner letzten Kantonsratssession – ich fühle eine Mischung aus ein bisschen Wehmut und ein bisschen Vorfreude. Wehmut, weil ich die kantonsweiten politischen Informationen vermissen werde und weil mir der spezielle Teamgeist der Schwyzer SP-Grünen-Fraktion fehlen wird. Vorfreude auf Neues, das kommen wird, sowie auf das Umsetzen der Erfahrungen aus den neun Jahren in der kantonalen Legislative.

Aufhören kommt nicht in Frage

Mein Rückblick zeigt, dass nur wenige der persönlichen Vorstösse erfolgreich waren. Ich war wohl zu links für faule Kompromisse in der überparteilichen Zusammenarbeit. Nichtsdestotrotz braucht's eine nimmermüde Gegenmeinung zur rechtsbürgerlichen Haltung im Schwyzer Kantonsrat. Weiter geht's für mich in der Sektion, bei den SP-Frauen, in der kantonalen Arbeitsgruppe für Umwelt – aufhören kann ich nicht, dazu sind mir die Umwelt und unsere Demokratie zu wichtig!

► Fortsetzung von Seite 9

Weiss ich nicht. Aber eines weiss ich: Mieten frisst er keine.

Für Menschen, die keine Villa suchen

Die Mieten steigen, und zwar schneller, als ein Wolf rennen kann. Mit einer Leerwohnungsziffer von 0,5 Prozent wäre eigentlich Alarmstufe Rot angesagt. Doch statt Lösungen für bezahlbaren Wohnraum zu suchen, jagt man lieber Sündenböcke. Die Zuwanderung, der Staat, der Markt oder das Wetter: Irgendwas ist immer schuld, bloss nicht die eigene Untätigkeit. Dabei hätte man mit 7139 Worten auch über etwas anderes sprechen können. Etwa

darüber, wie man das Wohnen wieder möglich macht. Nicht nur für Eigentümer mit Seesicht und Wochenaufenthalt in der Lenzerheide. Sondern auch für Lernende, Alleinerziehende oder Rentnerinnen mit AHV. Für Menschen, die keine Villa suchen, sondern ein Zuhause.

Weitere Motion abgelehnt

In der Septembersession wurde eine weitere Motion aus unseren Reihen abgelehnt. Sie hätte den Gemeinden ein Vorkaufsrecht auf Grundstücke ermöglicht. Zu viel Eingriff in den Markt, sagte man. Auch die Idee eines zweckgebundenen Fonds, mit dem ein Teil der

Grundstückgewinnsteuer dem gemeinnützigen Wohnungsbau zugeflossen wäre, fand keine Mehrheit. Das Geld fliesst also weiter, nur nicht dorthin, wo Wohnraum fehlt. Doch darum sind wir von der SP im Kantonsrat. Wir haben da keine Mehrheit, und wir können im Parlament keine Volksabstimmungen im Alleingang erzwingen. Aber wir können die Themen platzieren, die sonst untergehen. Wir können den Gegenpol darstellen zu einem Denken, das nur auf Steuern schaut, auf Besitz fixiert ist und von Angst geprägt wird. Es mag noch so viel über Wölfe debattiert werden, wir bleiben diejenigen, die von Menschen sprechen.



Volksinitiative

Schwyzter Kaufkraftinitiative bringt Entlastung



Karin Schwiter,
Präsidentin
SP Kanton Schwyz

2026 wird eine vierköpfige Familie im Kanton Schwyz durchschnittlich 18 501 Franken Krankenkassenprämien bezahlen. Vor zehn Jahren zahlte dieselbe Familie im Durchschnitt 14 208 Franken. Das sind über 4000 Franken mehr! In nur 10 Jahren sind die Krankenkassenprämien also um 30 Prozent teurer geworden. Und nicht nur das: Auch die Mieten sind im Kanton Schwyz in die Höhe geschossen – wie nirgendwo sonst.

Und was tut die Schwyzter Regierung? Nichts! Sie will weiterhin nur den ärmsten Haushalten das absolute Minimum an Prämienverbilligung auszahlen. Da machen wir nicht länger mit. Denn mit den massiven Kostensteigerungen bei den Prämien und Mieten

gibt es auch im Mittelstand immer mehr Familien, die ihre Rechnungen kaum mehr bezahlen können. Für uns als SP ist klar: Wir lassen sie nicht im Stich!

Forderung und Terminplan

Deshalb haben wir unsere Kaufkraftinitiative eingereicht. Sie fordert, dass der Kanton Schwyz mindestens so viel Prämienverbilligung pro Kopf gewährt wie der Durchschnitt der Kantone. Damit können wir auch den unteren Mittelstand bei den Krankenkassenprämien entlasten.

Voraussichtlich am 17. Dezember wird unsere Initiative im Schwyzter Kantonsparlament beraten. Im kommenden Frühling kommt sie dann zur Volksabstimmung. Wir sind überzeugt, dass wir diese wichtige Abstimmung gewinnen können. Denn gerade erst am 28. September hat die Tessiner Bevölkerung eine ähnliche Initiative gutgeheissen: Zukünftig soll kein Tessiner Haushalt mehr als 10 Prozent seines Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben müssen. In Basel ist die gleiche Forderung bereits im Juni im Parlament gutgeheissen worden. In

weiteren Kantonen sind ähnliche Initiativen hängig.

Entlastung dringend nötig!

Die geschätzten Kosten der Schwyzter Initiative betragen 17 Mio. Franken. Sie sind für den Kanton Schwyz problemlos tragbar. Er hat einen Eigenkapitalberg von über 900 Mio. Franken angehäuft und will schon wieder die Steuern senken. Von Steuersenkungen profitieren in erster Linie die Reichsten. Sie haben eine Entlastung nicht nötig. Stärken wir stattdessen lieber die Kaufkraft des unteren Mittelstands. Er braucht dringend Entlastung!

«Von Steuer-senkungen profitieren in erster Linie die Reichsten.»



Kundgebung in Schwyz gegen die Zustände in der Asylunterkunft Kaltbach.

JUSO Kanton Schwyz

Unterlassener Widerstand ist Akzeptanz

Wo Menschlichkeit fehlt, beginnt das Unrecht. Dieser Text ist ein Aufschrei gegen Ignoranz, Ausgrenzung und die stille Zustimmung zu einem System, das Menschen entrechtet.



Tabea Gnädinger,
Vorstand JUSO
Schwyz, Aktionen

Die Migrationspolitik in der Schweiz ist in einem schlechten Zustand – und es wird schlimmer. Die Regeln für Asylverfahren werden strenger. Auch im Kanton Schwyz werden die Rechte von Asylsuchenden verletzt. Zum Beispiel durch Bezahlkarten oder schlechte Bedingungen in den Unterkünften. Die Bewohner:innen der Unterkunft Kaltbach haben in einem offenen Brief gefordert,

dass ihre Menschenrechte geachtet werden. Die Unterkunft grenzt sie nicht nur aus der Gesellschaft aus, sondern gefährdet auch ihre psychische Gesundheit. Sie leben unter schlechten, unmenschlichen Bedingungen und werden wie Objekte behandelt.

Nothilfe muss wirkliche Hilfe sein

Die Bewohner:innen protestierten friedlich vor dem Amt für Migration. Doch die Behörden reagierten nicht. Die Vorsteherin Tünde Szalay sieht keinen Grund, etwas zu ändern. Die Haltung der Behörden: Die Unterkünfte sollen nur das Nötigste bieten und keinen Grund geben, in der Schweiz zu bleiben. Wir finden: Nothilfe muss wirkliche Hilfe sein. Sie darf nie benutzt werden, um Druck auf Menschen auszuüben, die sie brauchen. Die Gleichgültigkeit der Behörden ist gefährlich. Sie gibt rechtsextremen Gruppen Raum für rassistische Aussagen. Und sie erlaubt es bürgerlichen Kräften, ohne Folgen mitzumachen. Das zeigt sich zum Beispiel an der Forderung nach «Remigration», die immer öfter laut wird.

Doch Protest wirkt. Durch Medienberichte und eine Kundgebung für Menschenrechte konnten wir die Zustände in Kaltbach etwas verbessern. Die Bewohner:innen müssen

bei Regen nicht mehr draussen bleiben. Das ist ein kleiner Schritt. Deshalb es ist wichtig, weiter für die Rechte der Menschen zu kämpfen, die in unserem rassistischen und fremden feindlichen System keine Stimme haben. Kein Mensch ist illegal!

«Entweder müssen wir uns für den Tod entscheiden oder für den Ort, der uns psychisch krank macht und langsam tötet.»

Bewohner Kaltbach